

Motion der CVP-Fraktion

betr.

Standesinitiative zur Festlegung einer obersten Belastungsgrenze für die ressourcenstarken Kantone bei der Neugestaltung des Finanzausgleiches (NFA)

Überlegungen zum Standort und dessen Zukunft

Ungenügende Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz bereits heute

Die Zuger Wirtschaft steht in einem sehr harten internationalen Steuerwettbewerb. Selbst Bundesrat Merz gibt zu, dass die Schweiz im Bereich Unternehmenssteuern an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Dennoch wird in Kauf genommen, dass die Wirtschaftsmotoren Zug und Zürich wegen der NFA Steuererhöhungen vornehmen müssen, und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Schweiz gefährdet wird.

Die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Zug bedeutet in erster Linie, dass die Attraktivität für potentielle Neuzuzüger sinkt. Ob es auch zu Abwanderungen kommt, lässt sich nicht sagen. Auszuschliessen ist es aber nicht. Leidtragende wären nicht zuletzt der Bund und die Kantone, denen erhebliche Beiträge der Direkten Bundessteuer entgehen würden.

Steuern sind ein sehr wesentliches Standortkriterium, namentlich für (Finanz-) Dienstleistungsunternehmen. Entsprechend sensibel reagieren solche Unternehmen auf Steuererhöhungen. Ihre Alternativen suchen sie, weil sie aufgrund der Art ihres Geschäftes oftmals nicht standortgebunden sind, nicht in der Schweiz, sondern im Ausland.

Bei den *juristischen Personen* besonders attraktiv ist etwa Irland (einheitlicher Steuersatz von 12.5% für Unternehmensgewinne), Zypern (einheitlicher Steuersatz von 10% für Unternehmensgewinne, sehr vorteilhafte Bedingungen – faktische Steuerbefreiung – für Holdinggesellschaften) und zunehmend auch Länder wie Ungarn und die Slowakei, die Steuerabkommen gewähren. Bei den *natürlichen Personen* konkurrieren wir vor allem mit Grossbritannien, wo bereits viele reiche Schweizer (z.B. Klaus Jacobs, Tito Tettamanti etc.) ihren Wohnsitz haben.

Unsicherheit wegen der NFA

Die Diskussion betr. NFA hat bei den heute bereits ansässigen Zuger Unternehmen Unsicherheit ausgelöst. Je ungewisser die Steuersituation in unserem Kanton ist – und das ist sie, bis 2008 die definitive, detaillierte Ausgestaltung der NFA bekannt ist – desto zurückhaltender ist das Verhalten der Ansiedelungsinteressenten. Dies kann nicht im Interesse der Schweiz sein!

Zusätzliche Belastung des Mittelstandes

Es ist damit zu rechnen, dass Zug – neben der Ergreifung von Sparmassnahmen – seine Steuern erhöhen muss, um die zusätzlichen Belastungen aufgrund der NFA zu finanzieren. Bei generellen Steuererhöhungen und Sparmassnahmen wird die Standortattraktivität gefährdet, mobile finanzkräftige Unternehmen und Privatpersonen wandern ab. Wenn wir diesen Effekt abfedern wollen, trifft es dafür den Mittelstand umso härter, denn staatliche monetäre und nicht-monetäre Leistungen werden grösstenteils von einkommensschwachen und dem Mittelstand angehörigen Bevölkerungsschichten in Anspruch genommen (z.B. Stipen-

dien). Demzufolge würden rigorose Sparmassnahmen diese Bevölkerungsschichten am härtesten treffen. Diese Bevölkerungsschicht hat bereits heute mit den im Kanton Zug hohen Lebenshaltungskosten – welche beim NFA nicht berücksichtigt werden – zu kämpfen. Zusammen mit allfälligen Steuererhöhungen werden die tiefen und mittleren Einkommenschichten faktisch doppelt betroffen.

Fazit

Wir brauchen eine oberste Belastungsgrenze, weil

- damit eher gewährleistet ist, dass die bereits heute ungenügende Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes nicht noch stärker belastet wird
- für einen Wirtschaftsstandort Berechenbarkeit von eminenter Bedeutung ist und
- wir es nicht zulassen können, dass der Mittelstand noch stärker zur Kasse gebeten wird, als er es bisher schon wird.

Zug, 17. November 2004

Dr. Pirmin Frei
Präsident Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft
und Gesellschaft Zug (AWG)*

****Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft des Kantons Zug***

Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft AWG gilt als Interessengemeinschaft zur Förderung und Verbreitung unternehmerischen und gewerblichen Gedankenguts innerhalb der CVP. Die AWG ist ein Forum von Unternehmern, Selbständigerwerbenden und Kaderleuten aus Gewerbe, Industrie und Dienstleistung sowie Parlamentariern, Behördemitgliedern, leitenden Beamten, Wissenschaftlern etc.

Mit Aktionen, Vernehmlassungen, Veranstaltungen und Seminaren mit kompetenten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik fördert die AWG die Verbreitung ihres Gedankengutes, welches auf der Grundlage einer freiheitlichen Marktwirtschaft und eines zeitgemässen Föderalismus basiert. Die AWG lädt ihre Mitglieder regelmässig und unverbindlich zu ihren Veranstaltungen ein.